

Schwarzwälder Tageszeitung

Begründet
1877

„Aus den Tannen“
Fernsprecher
No. 11

Amisblatt für den Bezirk Nagold und für Ultensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Druckpreis: Im Monat Oktober 18 000 000 M. und Nacherschung. Ein einzelnes Exemplar 2 M. M. | Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile über deren Raum Grundzahl M. 45, Grundzahl einer Reklamestelle 1/4 Platzpreis der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung bleibt kein Anspruch auf Befreiung. | M. 150. Diese Grundzahlen sind mit der Schließzahl 50 000 zu multiplizieren bei Wiederholung Rabatt.

Nr. 280

Ultensteig, Mittwoch den 8. Oktober.

Jahrgang 1918

Neue Regierungskrise.

Am 12. August d. J. hat die Große Koalition mit dem Kanzler Dr. Stresemann die Forderung Dr. Cuno angetreten. Die stärksten außenpolitischen Entscheidungen wurden in diesen letzten sieben Wochen getroffen mit der Preisgabe des Kampfes an Ruhr und Rhein. Noch schwerere stehen in der Regelung der Reparationsfrage und in der Anbahnung von Verhandlungen bevor. Angesichts des bösen Willens eines Voincare fast hoffnungsloses Bemühen, hat er doch am Montag in einer Rede in Bar le Duc erklärt, die Anordnung des passiven Widerstandes sei in zweideutiger Form zurückgenommen worden. Man habe in Deutschland bisher nur Worte gehört. Auf alle Fälle sei noch nichts entschieden. Man sieht also: Nach der Kapitulation bleibt der unerfüllte Wunsch genau so unberührt wie zuvor. Wir sind keinen Schritt vorwärts gekommen.

Und nun hat sich zu allem Glanz am Dienstag in Berlin die Spannung entladen in einer überraschenden Regierungskrise. Es handelte sich dabei um das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung. Dabei müssen die Parteien Farbe bekennen. In diesem Programm steht als oberster Grundsatz Steigerung der Produktion, durch den Deutschland leistungsfähig gemacht werden soll. Man denkt dabei an Beseitigung des schematischen Achtstundentags (namentlich im Bergbau), Anspannung und Ausnützung der Arbeitsleistung, Änderung des Steuerwesens, Aufhebung der einschränkenden Vorschriften bei der Ein- und Ausfuhr. Soweit haben die Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft bereits beschlossen, ein solches Programm auszuarbeiten. Die Sozialdemokratie hat ihrerseits ein Wirtschaftsprogramm in der Tasche, das Erfassung der Sachwerte, Sozialisierung und Erhaltung des Achtstundentags vorsieht. Damit war der alte Gegensatz zwischen den bürgerlichen und sozialistischen Parteien offen, wobei mitspielt, daß die Sozialdemokratie in den letzten Wochen immer mehr nach links abgerückt ist. Sie will das Produktionsprogramm nicht zu dem Ihren machen. So kam die Krise im Kabinett, in dem schon längst erkennbar ist, daß der Reichsfinanz- und der Reichswirtschaftsminister nicht zu halten sind, ersterer Sozialdemokrat (Hilferding), letzterer Volksparteier (Raumer). Die Regierung will die Ermächtigung zu freiem Handeln erhalten, um Deutschland aus der gefährlichen Lage der Gegenwart loszureißen. Aber was sich hinter diesem „Ermächtigungsgesetz“ auf wirtschaftlichem Gebiet verbirgt, ist den Parteien nicht genehm. Dazu kommt die Frage Bayern und das Reich, die die Sozialdemokratie scharf behandeln will. Am Dienstag stellte die Deutsche Volkspartei das Ansuchen, die Koalition nach rechts zu erweitern und die Deutschnationalen in die Regierung aufzunehmen. Die Entscheidung steht noch aus.

Die Krise des Kabinetts Stresemann ist da. Mindestens erfolgt eine Umgestaltung der Regierung, wahrscheinlich aber eine Krise in der Koalition. Ob die auf die Nachtstunden verschobene Reichstagsitzung Klärung bringt, muß sich zeigen.

Verstärkung der parlamentarischen Lage. Verschiebung der Koalition nach rechts.

Berlin, 2. Okt. Am Dienstag vormittag hat sich die parlamentarische Lage erheblich verschärft. Das kam äußerlich schon darin zum Ausdruck, daß die Plenarsitzung immer wieder in den Abend hinein verschoben wurde, und daß die Fraktionen geradezu permanent tagten. Während man am Montag abend bei amtlichen Meldungen entnehmen mußte, daß mit der Sozialdemokratie eine Übereinkunft in der Frage der Produktionssteigerung erzielt sei, und daß damit im wesentlichen die Große Koalition erhalten bleibe, hörte man am Dienstag vormittag, daß die Sozialdemokratie den Vorschlag eines Maximalarbeitsprogramms, also einer zunächst formalen Festsetzung längerer Arbeitszeit, der sich die einzelnen Industrien je nach Bedarf anlehnen sollten, abgelehnt hat. Außerdem wurde vonseiten der Sozialdemokraten erklärt, daß ihnen der augenblickliche Stand der Dinge zwischen Bayern und dem Reich zu erheblichen Befürchtungen Anlaß gebe und daß sie daher in der Reichstagsitzung in geheimer Form darauf zurückkommen wird. Weiter wurde die Lage verschärft durch einen vom Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei Abg. Dr. Scholz dem Kabinett vorgelegten Antrag eine Verbreiterung

der Koalition nach rechts durch Hinzunahme der Deutschnationalen durchzuführen. Namens des Zentrums hat der Abg. Marx dem Kanzler erklärt, daß eine Verbreiterung der Koalition an sich durchaus diskutabel wäre, daß aber die Große Koalition an einer solchen Verbreiterung nach rechts nicht scheitern dürfte. Da aber als sicher anzunehmen ist, daß die Sozialdemokratie die Verbreiterung nach rechts mit ihrem Austritt aus der Regierung beantworten werden würden, so stehen zunächst auch das Zentrum wie die Demokraten auf dem Standpunkt, daß die Verbreiterung nach rechts bedenklich wäre. Immerhin kann sich Verschiedenes ändern, da die Deutsche Volkspartei Wünsche nach Personalveränderungen im Kabinett vorgebracht hat, dabei in erster Linie Dr. Hilferding gemeint sein dürfte. Es ist daher zu erwarten, daß die Große Koalition vielleicht auch dann nicht mehr haltbar ist, wenn keine Verbreiterung nach rechts durchgeführt wird.

Die Demission des Reichswirtschaftsministers.

Berlin, 2. Oktober. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, hat Reichswirtschaftsminister von Raumer seine Demission gegeben.

Was wir müssen!

Von der Regierung nachstehender Seite wird uns geschrieben:

Es ist jetzt zwecklos und gefährlich, darüber zu streiten, wie es hätte anders und richtiger gemacht werden können. Das mag für eine spätere Zeit aufgepart sein. Nun heißt es, mit tühlem Kopf unsere Lage sehen, werten und dann handeln. Herz und Empfindung dürfen den Blick nicht trüben. Wir haben die Schlacht verloren, wir können nicht weiter kämpfen, denn wir können die Mittel zur Fortsetzung des passiven Widerstandes nicht mehr aufbringen. Diese Tatsache steht fest. Es ist gleichgültig, wie man das, was daraus folgt, bezeichnen will. Mag es noch so bitter sein, mögen die Folgen noch so schwer sein, wir kommen nicht um die Konsequenz herum: an Rhein und Ruhr muß wieder gearbeitet werden, wenn nicht das Ganze zusammen-, auseinanderbrechen, wenn nicht das Ganze verhungern soll. Und damit an Rhein und Ruhr wieder gearbeitet, wieder produziert, wieder Werte geschaffen werden können, müssen wir mit den Franzosen verhandeln; mehr noch, müssen wir eine ganze Reihe von „Bedingungen“ auf uns nehmen. Wir müssen uns damit abfinden, denn es bleibt uns keine Wahl.

Die Schlacht des passiven Widerstandes ist verloren, der Kampf aber geht weiter. Um die „Bedingungen“ wird gerungen werden müssen, darum, daß deutsches Land deutsch bleibt, daß die besetzten Gebiete nicht ausgeplündert werden, daß dem deutschen Volke Arbeit und Lebensmöglichkeit gesichert bleiben; und darum, daß uns der Weg zur Freiheit nicht endgültig verlegt wird.

Dieses Ringen wird nicht weniger erbittert, nicht weniger schwer sein als das in den letzten neun Monaten. Und nicht weniger reich an Opfern. Es kann aber nur zu einem Erfolg führen, wenn alle Kräfte, alle Weissen und wirtschaftlichen Kräfte, dafür eingesetzt werden; wenn die deutsche Regierung sich auf den festen geschlossenen Willen des Volkes stützen kann. Jeder innere Haß, jeder innere Zerfall, erst recht jeder Kampf im Innern würde uns dem Diktat Voincares ausliefern. Mehr noch, Auflösung, Kampf im Innern würden zur Abtrennung, zum Verlust der besetzten Gebiete führen. Die französische Politik hat mit klüger Berechnung die heutige Lage herbeigeführt. Die Möglichkeit des deutschen Zusammenbruchs schreckt sie nicht. Im Gegenteil, die Anexionisten hoffen auf den Zusammenbruch. Die bezahlten rheinischen Separatisten leisten die Vorarbeit für diesen Fall, die Vorarbeit für die Anexion.

Wer nicht blind ist, muß das sehen. Der muß auch sehen, daß wir irgend eine Hilfe von irgend einer Seite nicht zu erwarten haben, daß wir ganz auf uns selbst gestellt sind.

Aus diesen Erkenntnissen muß jeder, ob er will oder nicht, den Schluß ziehen. Es kann sich keiner drum herumdrücken. Jede heroische Geste ist heute zwecklos, ist eine gefährliche Selbsttäuschung. Der Schluß ist dieser: jedes Gewaltvergehen im Innern ist Selbst-

mord, jedes Treiben-Lassen, jedes Ausschließen und Abwarten ebenso. Aus einem doppelten Grunde: es müßte in ein paar Tagen zur Hungersnot, zum Kampf aller gegen alle führen, es müßte zum Verfall des Reiches und zur Abtrennung der besetzten Gebiete führen.

Und noch einen anderen Schluß muß jeder ziehen. Die Notzeit kann und darf nicht mehr nur von einzelnen Schichten getragen werden. Es wird nicht mehr der eine die Lasten und Opfer auf den anderen abzuschieben versuchen dürfen. Es dürfen einzelne Schichten sich nicht satt essen und Geschäfte machen, während neun Zehntel des Volkes ein kargliches Leben fristen und hungern müssen. Ein Volk, das zur Hergabe der letzten Kräfte gezwungen ist, muß von jedem das höchste und letzte Opfer verlangen. Wer sich dieser Pflicht entziehen will, der muß als Schädling und als Feind des Ganzen behandelt und ausgemerzt werden.

Halte jeder Einfuhr in sich selber und tue dann, was er tun muß!

Neues vom Tage.

Zur Gesandtschaft über die Währungsbank angenommen
Berlin, 2. Okt. Der Reichsrat beschäftigte sich mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung einer Währungsbank. Der Berichterstatter, bayerischer Staatsrat v. Wolf legte eingehend die wirtschaftlichen und finanziellen Motive der Vorlage dar. Es sei endlich Zeit, daß die Inflation eingedämmt würde. Eine ihrer unheilvollsten Folgen sei die Gefährdung der Volksernährung. Außerdem werde eine Menge unproduktiver Arbeit geleistet. So erwachse der Reichsbank aus dem Notendruck zurzeit täglich eine Ausgabe von 50 Millionen. Der Reichsrat stimmte der Vorlage mit verschiedenen durch die Ausschüsse vorgekommenen Veränderungen zu.

Protest wegen der Düsseldorf Vorfälle.

Berlin, 2. Okt. Wie von zuständiger Seite bekannt wird, ist beabsichtigt, wegen der Vorfälle in Düsseldorf und des Eingreifens der französischen Truppen gegen über deutscher Schuttpolizei bei der französischen Regierung Protest einzulegen.

Düsseldorf, 2. Okt. Halbamtlich wird mitgeteilt: Wie bis jetzt festgestellt werden konnte, gab es bei den reparatistischen Unruhen in Düsseldorf 10 Tote und 74 Verletzte. Unter den Toten befinden sich ein Bauer und zwei grüne Polizeibeamte. Vier blaue und neun grüne Polizeibeamte sind verwundet. Sämtliche Offiziere der Schupo wurden verhaftet, die übrigen Schupo Beamten entwaffnet. Der stellvertretende Regierungsvorsitzende, Kaddas, ferner der Kommandant der blauen Polizei, Polizeinspektor Höfner, und Kriminaloberkommissar Hollenberg wurden verhaftet. — Wie verlautet, geben die Franzosen als Begründung für das Vorgehen gegen die Schuttpolizei an, daß ein französischer Offizier verletzt worden sei. Die Vereidigung der Separatistenwehr wurde von dem Weinhändler Böhm unternommen.

Zur Handreich in Küstrin niedergeschlagen.

Berlin, 2. Okt. Halbamtlich wird mitgeteilt: Die Aufständischen in einer Gesamtheit von circa 400 Mann unter einem Duzend Rädelsführer sind restlos gefangen genommen und entwaffnet worden. Bei der Säuberung der Umgebung von Küstrin ist noch eine Bande von etwa 30 Köpfen ausgehoben worden. Das Feuergefecht am gestrigen Abend brachte auf Seiten der Aufständischen einen Toten und einige Schwere und Leichtverwundete. Die Truppe hat keine Verluste zu beklagen. Die anwesigen Truppenteile sind in ihre Standorte zurückgeführt.

Regierungsantritt der Kommunisten.

Dresden, 2. Okt. Der Landesparlamentarischer Ausschuss und die Landtagsfraktion nahmen am Montag zu dem Angebot der Kommunistischen Partei Deutschlands in Bezug auf die Regierungsbildung Stellung. In beiden Körperschaften bestand völlige Einmütigkeit darüber, daß die K. P. D. in die Regierung hinzuzunehmen sei. Es wurde ein Ausschuss eingesetzt, der die Bedingungen der K. P. D. gegenüber dem kommunistischen Verlangen festlegen soll.

Baldwins Rede auf der Reichskonferenz.

London, 2. Okt. Am Montag vormittag fand die erste Sitzung der britischen Reichskonferenz in Downing Street statt. Ministerpräsident Baldwin eröffnete die Konferenz. Er lenkte die Aufmerksamkeit der Teilnehmer auf die Tatsache, daß die britische Reichskonferenz sich durch das Hinzukommen des irischen Freistaats vergrößert habe, dessen Präsident Cosgrave er besonders herzlich begrüßte. Der Ministerpräsident leitete sodann zu einem Überblick über

